

Mit uns –  
sozial,  
**solidarisch**  
und  
international

Wahlprogramm zur  
Kreistagswahl 2016

Wählergemeinschaft  
**DIE LINKE.**  
Main-Taunus

## **Am 6. März 2016 stellen wir uns zum dritten Mal für den Kreistag zur Wahl.**

Wir wollen weiterhin eine glaubwürdige Alternative zu den anderen Parteien im Kreistag sein, die auf Bundes- oder Landesebene regieren. Unsere kritische Sicht auf die herrschende Politik werden wir auch zukünftig im Parlament durch Anträge, Redebeiträge und Anfragen deutlich machen.

Dies ist uns als einzige konsequente Opposition im Kreistag in den vergangenen Jahren erfolgreich gelungen. Und dies wollen wir auch in der kommenden Wahlperiode fortsetzen.

Dabei vertreten wir insbesondere die Anliegen der abhängig Beschäftigten, der Selbstständigen und kleinen Gewerbetreibenden, der Rentenbeziehenden wie auch der Erwerbslosen und sozial benachteiligten Gruppen dieser Gesellschaft. Jenen, die keine Lobby haben und deren Interessen politisch keine Berücksichtigung finden, wollen wir eine Stimme geben. Dabei werben wir auch um jene Menschen, die in den letzten Jahren überhaupt nicht mehr zu einer Wahl gegangen sind.

**Die Reichen werden immer reicher,  
die Armen werden ärmer,  
wir werden gebraucht – mehr denn je!**

Die vor allem an privaten Profitinteressen orientierten Konzepte von CDU, SPD, Grünen und FDP sind keine Antwort auf die sich verschärfenden ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme des globalisierten kapitalistischen Systems.

Die Entwicklung ist gekennzeichnet durch eine dramatische Umverteilung von unten nach oben, durch die zunehmende Zerstörung unserer Lebensräume, durch eine Militarisierung der Außenpolitik und die Einschränkung demokratischer Rechte. Zu leiden haben darunter vor allem die Menschen, die diese Zustände nicht zu verantworten haben.

Wir mischen uns ein und wollen auch andere Menschen ermutigen, sich einzumischen. Wir werden Missstände im Parlament zum Thema machen, aber auch mit den davon Betroffenen außerparlamentarische Gegenmaßnahmen organisieren.

Wir treten ein für eine friedliche, demokratische, soziale und ökologische Perspektive – gegen weiteren Sozialabbau und gegen weitere Privatisierung öffentlicher Aufgaben.

Wir wollen und brauchen eine andere Gesellschaft, in der  
Schwache nicht länger schwach,  
Einzelne nicht länger allein,  
Arbeitssuchende nicht länger arbeitslos,  
Fremde nicht länger fremd  
und Abhängige nicht länger wehrlos bleiben.

## **Rahmenbedingungen für den Kreis seit 2011**

Steuergeschenke und Schuldenbremse verhindern Investitionen und ausreichende Daseinsvorsorge auch im Kreis.

Steuergeschenke für Reiche und Konzerne sowie die sogenannte Schuldenbremse in Bund und Land erschweren bzw. verhindern nicht nur notwendige und sinnvolle Infrastrukturinvestitionen, sondern sie haben auch direkte Auswirkungen auf die Kommunen: Bund und Land stellen den Gemeinden, Städten und Kreisen keine ausreichenden Mittel für ihre Aufgaben zur Verfügung. Eigene Einnahmen kann der Kreis über die Kreisumlagen nur auf Kosten der oft ebenfalls unterfinanzierten Städte und Gemeinden erheben. Folge ist eine chronische Unterfinanzierung öffentlicher Aufgaben auch im „reichen“ Main-Taunus-Kreis. Die sogenannte „schwarze Null“ wird zum Fetisch mit verheerenden Folgen.

## **Public Private Partnership – ein teurer Irrweg**

Reichtum und Armut sind nur zwei Seiten einer Medaille: Während auch dem Main-Taunus-Kreis die Mittel für wichtige Projekte fehlen,

suchen private Investoren händeringend nach profitabler Kapitalanlage. Public Private Partnership-Projekte (PPP, ÖPP) scheinen für sie eine Lösung zu sein und werden auch von der politischen Mehrheit in Bund und Land propagiert und gefördert. Vorteilhaft sind sie, wie viele Untersuchungen zeigen, allenfalls für die privaten Investoren.

Für die öffentliche Hand und damit für die große Mehrheit der Menschen sind sie ein schlechtes Geschäft. Schon beim Neubau des Kreishauses in den 80er Jahren als privates Investorenmodell wurde viel Geld verbrannt. Das gescheiterte PPP-Projekt beim Neubau des Krankenhauses Hofheim hat das abermals deutlich gezeigt.

PPP-Projekte haben wir deshalb stets abgelehnt und werden sie auch in Zukunft ablehnen.

### **Main-Taunus-Kreis ist ein „Wohlfühlkreis“ – aber nicht für alle**

Sehr viele Menschen in unserem Kreis haben keinen Vorteil davon, im sogenannten Speckgürtel Frankfurts und im – gemessen an der durchschnittlichen Kaufkraft – viertreichsten Kreis Deutschlands zu leben. Im Gegenteil: Immer mehr Familien sehen ihre Lebensgrundlagen bedroht oder müssen um ihre Existenz kämpfen. Hohe Wohnkosten, die Vernichtung von Vollarbeitsplätzen, hohe Kosten für Dienstleistungen, zu geringe Renten und die Auswirkungen der „Hartz-Gesetze“ drängen einen beträchtlichen Teil der Menschen an den Rand der Gesellschaft.

# 1. Soziales und Arbeit

## Sozialabbau stoppen, Sozialleistungen verteidigen!

Bei der Einführung der Hartz-Gesetze durch SPD und Grüne wurde behauptet, dass über „Fördern und Fordern“ arbeitslose Menschen schnell wieder in Arbeit kämen. Die knapp bemessenen Regelsätze sollen ein Ansporn sein sollten, die angebliche „soziale Hängematte“ schnell zu verlassen.

Wir wissen nach mehr als zehn Jahren: **Armut hat sich verfestigt**, in diesem reichen Land Deutschland gibt es immer mehr Kinderarmut. Im Jahr 2005 lebten im Main-Taunus-Kreis 7.640 Menschen in sogenannten Bedarfsgemeinschaften. Ende 2014 waren es 9.856 Menschen von knapp 230.000 Einwohnern – 29 % mehr als 2005. Darunter sind 3.430 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre. Es gibt vermehrt **Armut trotz Erwerbstätigkeit**. Der Sozialbericht des Kreises 2014 spricht von einer Zunahme der „Erwerbsarmut“ und zeigt auf, dass Menschen über 50, die arbeitslos werden, die schlechtesten Chancen haben, wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen. Sie landen sozusagen auf dem „Abstellgleis“.

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes hat Armut, soziale Ausgrenzung, Sozialabbau und Lohndumping verschärft. Die Arbeitslosenzahl ist zurückgegangen und man behauptet das Rhein-Main-Gebiet würde „boomen“. Aber jenen, denen der Lohn nicht zum Leben reicht, obwohl sie in Vollzeit beschäftigt sind, die sich in Teilzeit-, Mini- oder Maxijobs, befristet, im Rahmen eines Werkvertrages oder als Selbstständige verdingen müssen, hilft das nicht. Oft müssen sie mehrere Arbeitsverhältnisse eingehen, um hier leben und auch eine Familie haben zu können.

Es genügt nicht, dass im Jahr 2015 endlich ein Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro je Stunde eingeführt worden ist. Davon kann man im Main-Taunus-Kreis auch bei Vollzeitarbeit nicht leben. Der Mindestlohn muss auf 10,00 Euro erhöht werden. Beim SGB II wäre eine Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro derzeit nötig, um das Existenzminimum zu sichern.

Seit Einführung der Hartz-Gesetze ist allein der Kreis für die Betreuung und Vermittlung der Arbeitslosengeld-II-Beziehenden (ALG II) zuständig und hat durch den Status als „Jobcenter“ besondere Gestaltungsmöglichkeiten. Diese hat er in der Vergangenheit allerdings nicht zur Verbesserung der Situation der Betroffenen wahrgenommen. Unsere darauf zielenden Anträge wurden alle von der Mehrheit im Kreistag zurückgewiesen.

Wir bleiben dabei und fordern weiterhin einen Sozialpass. Der Kreistag hat unseren Antrag dafür im Jahr 2006 abgelehnt. Solche Pässe gibt es in vielen Städten und Landkreisen. Aber der Main-Taunus-Kreis verweigert sich.

Die Zahl der Menschen, die zur Versorgung auf Tafeln oder Sozialkaufhäuser angewiesen sind, steigt weiterhin, weil die Regelsätze zur Existenzsicherung nicht ausreichen. Der Kreis unterstützt diese Einrichtungen zwar und lindert damit die Situation der Armen. Die Ursachen werden jedoch nicht bekämpft. Eine angemessene Versorgung ist ein Recht, auf das alle einen Anspruch haben.

### ***Die Wählergemeinschaft DIE LINKE.Main-Taunus fordert:***

- Einen „maintaunusPASS“ gemeinsam mit den Städten und Gemeinden, mit dem Geringverdienende, Menschen die Kleinrenten, Sozialhilfe oder ALG-II beziehen – darunter viele Alleinerziehende – öffentliche Einrichtungen des Kreises und der Kommunen verbilligt oder kostenfrei nutzen können (RMV Monatskarte, Volkshochschule, Entfall der Kontoführungsgebühren bei der Taunussparkasse).
- Die Angebote für Sozial- und Hilfeberatung (u.a. Gesundheits-, Schuldnerberatung, Beratung für Seniorinnen und Senioren) sollen gesichert und neuen Erfordernissen angepasst werden. Anlaufstellen sollen in allen Kommunen des Kreises bestehen. Informationen darüber sollen übersichtlich auf der Homepage des Kreises stehen.
- Die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes müssen den Berechtigten auch tatsächlich zugänglich gemacht werden.

- Die Übernahme der tatsächlichen Wohnungskosten bei Menschen, die Leistungen nach SGB II bzw. XII beziehen. Das Jobcenter soll ein schlüssiges Konzept für angemessene Mietobergrenzen erarbeiten.
- Zugang zu sozialer Infrastruktur und Gesundheitsvorsorge unabhängig vom sozialen Status.

## **Wohnen für alle**

Die Wohnungssituation im Rhein-Main-Gebiet mit seinen hohen Mieten ist für viele Menschen ein großes Problem. Es fehlen bezahlbare Wohnungen, ob klein oder groß, und es fehlen behindertengerechte Wohnungen. Mit der Zuweisung von Flüchtlingen an den Kreis wird dieser Mangel noch offensichtlicher. Auch wenn die Wohnungsversorgung keine originäre Kreisaufgabe ist, müssen Kreis und Gemeinden gemeinsam dafür sorgen, dass der benötigte bezahlbare Wohnraum neu geschaffen und erhalten wird.

Die Wählergemeinschaft DIE LINKE im Main-Taunus-Kreis fordert: die Gründung einer Wohnungsbau-Genossenschaft des Kreises und der Gemeinden. Diese Genossenschaft soll Wohnungen im Standard des sozialen Wohnungsbaus – auch mit behindertengerechten Wohnungen – bauen lassen. Ein Teil dieser Wohnungen soll anfangs als Flüchtlingsunterkunft dienen und danach als Sozialwohnung zur Verfügung stehen.

## **Inklusion verwirklichen**

Kein Mensch darf ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Viele Menschen mit Behinderungen machen tagtäglich die Erfahrung, dass sie an vielen Bereichen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens nicht teilnehmen können, weil das Mobilitätsangebot unzureichend ist und es keine Barrierefreiheit gibt. Auch der Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt ist für viele Menschen mit Behinderungen mit hohen Hürden versehen.

## ***Die Wählergemeinschaft DIE LINKE.Main-Taunus fordert:***

- Kitas und Schulen, die inklusiv sind. Kinder mit und ohne Behinderung sollen zusammen aufwachsen, um frühzeitig und ohne Vorbehalte mit- und voneinander lernen zu können.
- Barrierefreiheit im ÖPNV, in öffentlichen Gebäuden und kreiseigenen Einrichtungen herstellen.
- Eine Ausweitung der Fördermaßnahmen zur Eingliederung (bzw. Wiedereingliederung) von Menschen mit Behinderung ins Berufsleben.
- Förderung des „betreuten Wohnens“ in den eigenen vier Wänden.
- Der Umbau zu barrierefreien Wohnungen muss vereinfacht werden und Wohnprojekte für Behinderte sind finanziell zu fördern.

Tendenziell sollen Förderschulen in inklusiven Schulen aufgehen. Das professionelle Wissen in den Förderschulen muss auch in den Regelschulen Einzug halten. Dieser Prozess wird langwierig sein. Der Kreis muss die Rahmenbedingungen zur Entwicklung inklusiver Schulen über die Schulentwicklungsplanung, bei der Ausstattung, bei Bau, Sanierung und Umbau von Schulen – im Sinne der Barrierefreiheit – schaffen. Einrichtungen, die inklusive Pädagogik bei sich einführen möchten, sollen durch Beratung unterstützt werden. Der Kreis soll diese Angebote finanzieren.

## 2. Bildung, Schule, Kinder, Jugend

Öffentliche Bildung muss grundsätzlich kostenfrei sein, und sie beginnt bereits in der Krippe.

Der Main-Taunus-Kreis ist Schulträger und damit zuständig für die Schulorganisation, den Bau, den Erhalt und die Ausstattung unserer Schulen. Das bis vor ca. fünfundzwanzig Jahren bestehende Netz wohnortnaher Gesamtschulen mit umfassendem Bildungsangebot wurde zugunsten althergebrachter Gymnasien, Haupt- und Realschulen zerstört. Der Schultourismus floriert, Schulwechsel häufen sich. Die Ganztagsangebote haben mit Ganztagschulen – wie wir sie fordern – **bisher** wenig zu tun. Dies alles steht im Gegensatz zu einem wohnortnahen, kostenfreien qualitativ hochwertigen und umfassenden Bildungsangebot für ALLE!

Der Kreis ist als Träger der öffentlichen Jugendhilfe dafür zuständig, junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern und dazu beizutragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung zu beraten und zu unterstützen (Jugendhilfegesetz § 1). Deshalb sind Strukturen und Angebote wohnungsnah sicherzustellen oder neu zu schaffen.

Schulische und außerschulische Jugendhilfeeinrichtungen und Jugendzentren sind zu vernetzen. In Schulen und Jugendeinrichtungen ist Friedenserziehung zu leisten; Militärwerber dagegen sollen an öffentlichen Schulen nichts mehr zu suchen haben!. Initiativen für selbstverwaltete Jugendzentren sollen unterstützt werden.

**Der Trend zu Einkommens- und vermögensabhängiger Bildung ist zu stoppen.** Den Einsatz öffentlicher Mittel für Privatschulen, die Schulgeld verlangen, lehnen wir ab.

## **Die Wählergemeinschaft DIE LINKE.Main-Taunus fordert:**

- Die Entwicklung der Gesamtschulen und Grundschulen als ganztägige Lern- und Lebensorte für alle Schülerinnen und Schüler.
- Die Vernetzung und den Ausbau der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit im Kreis zu einem flächen-deckenden Freizeit-, Bildungs- und Beratungsangebot (Gemeinden, Vereine u.a.). Die Sicherung der Schulsozialarbeit an allen Schulen zu einer wohnungsnahen Anlaufstelle für die Aufgaben der Jugendhilfe.
- Das Angebot von gesundem Mittagessen und Trinkwasser in den Kindertagesstätten und Schulen für geringes Entgelt. Um die Qualität des Essens in diesen Einrichtungen zu sichern, soll der Kreis eine unabhängige Ernährungsberatung finanzieren.
- Die Verwirklichung der gesetzlichen Lehr- und Lernmittelfreiheit. Keine zusätzlichen Kosten für Kopien und besonderes Lernmaterial.
- Die Kostenfreiheit von Schülertransporten zu sichern (bis zum Ende der Schulausbildung einschließlich Oberstufe) zur nächstgelegenen Schule, die den gewünschten Bildungsabschluss anbietet, und von unterrichtsbezogenen Exkursionen.
- Die kreisweite Clever Card ist ein erster Schritt zur Einführung eines Auszubildenden- und Schüler\_innentickets analog zu den Semestertickets für Studierende. Mittelfristig streben wir einen grundsätzlich kostenlosen ÖPNV an.
- Ein ausreichendes Angebot von integrierten Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe.
- Das Fachoberschulangebot durch weitere Bildungsgänge, etwa als FOS Fachoberschule für Sozialwesen und Fachoberschule für Naturwissenschaften und Umwelttechnik zu erweitern.
- Den Ausbau und Sicherung der (frühkindlichen) Bildung vom Kindergarten an entsprechend der Anforderungen des Bildungsplans von 0 -10 Jahren.

- Den Ausbau der Kindertageseinrichtungen zu Kinder- und Familienzentren für eine umfassende wohnungsnahe Kinderförderung und -bildung, Elternberatung von Geburt an (u.a. Gesundheit, Erziehung, Ernährung, Spracherwerb- und Sprachförderung, Hilfen, Therapie). Die im Kreis begonnenen Modellprojekte sollen weitergeführt und auf die anderen Kommunen im Kreis ausgeweitet werden. Eine bezahlbare Kinderbetreuung für alle, die es wünschen. Übernahme der tatsächlichen Kinderbetreuungskosten für Geringverdienende und ALG-II-Bezieherinnen und Bezieher.
- Die Gewährleistung von Informations- und Weiterbildungsangeboten für Erziehung, Elternarbeit und interkulturelle Fortbildung im Rahmen der Volkshochschule.
- Erforderliche Assistenz für die Teilnahme beeinträchtigter SchülerInnen muss gewährleistet sein, einschließlich der technischen Assistenten.

## **Schulbau – Schulsanierung**

Nach den durch den Investitionsfonds forcierten Erweiterungs- und Neubauten sind seit einigen Jahren die Ausgaben für den Schulbau und die Schulsanierung gravierend gesunken. Seit langem anstehende energetische und sonstige Sanierungen der großen Schulgebäude werden verschleppt und in die Zukunft verschoben. Raumnot wird mit Containern abgeholfen.

Dies darf nicht so weitergehen!

### ***Die Wählergemeinschaft DIE LINKE.Main-Taunus fordert:***

- Die Sanierung der Schulen muss zügig in einem verbindlichen Zeitraum und verbindlicher Reihenfolge erfolgen.
- Die Schaffung optimaler Voraussetzungen für Akustik, Klima, Belichtung, Beleuchtung und Lärmschutz in den Unterrichtsräumen. Die Schulen müssen frei von Schadstoffen werden.
- Eine Zweckentfremdung der dafür vorgesehenen Mittel für andere Investitionen ist auszuschließen.

### **3. Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten – Geflüchtete willkommen**

#### **Gemeinsam leben, niemanden ausgrenzen!**

Alle hier dauerhaft lebenden Menschen sollen das kommunale Wahlrecht erhalten. Es ermöglicht eine gesellschaftliche Teilhabe besser als „Ausländervertretungen“ oder der Integrationsbeirat im Kreis. Bis zur Verwirklichung dieses Rechts sollen die kommunalen Ausländervertretungen weitergehende Rechte erhalten (z.B. Anhörungs-, Initiativrecht im Parlament).

Weltweit sind immer mehr Menschen auf der Flucht wegen Kriegen, Konflikten, Hunger, Armut und fehlender Zukunftsperspektiven. Viele von ihnen haben einen langen und gefährlichen Fluchtweg hinter sich, haben Angehörige verloren und sind traumatisiert. Sie im Kreis und seinen Gemeinden willkommen zu heißen, bedeutet, ihnen Empathie und Sicherheit entgegenzubringen. Alle Beteiligten, Land, Kreis und Gemeinden sind dafür verantwortlich, dass menschenwürdige Unterbringung und gute soziale, medizinische und psychologische Betreuung vorhanden sind.

Die Integrationskurse müssen bedarfsgerecht vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ausreichend finanziert werden, damit die Qualität des Lehrens und Lernens gesichert ist. Die Vergütungen für die Lehrenden müssen der Aufgabe angemessen sein.

#### ***Die Wählergemeinschaft DIE LINKE.Main-Taunus fordert:***

- Offene Integrationsangebote: Deutschunterricht nicht nur für neu zugezogene Menschen, sondern auch für schon länger im Kreis Wohnende. Sprach- oder Alphabetisierungskurse müssen gebührenfrei sein und wohnungsnah stattfinden, beispielsweise für Eltern mit Kinderbetreuung. Kinder- und Familienzentren bieten sich hierfür besonders an.
- Unterstützung und Ausweitung der bestehenden Beratungsangebote zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.
- Interkulturelle Aspekte müssen bei allen Leistungen und

Angeboten des Kreises berücksichtigt werden. Um Rechtsnachteile zu verhindern, sollen verbindlich Dolmetscher hinzugezogen und finanziert werden.

### **geflüchtete hier aufnehmen und willkommen heißen**

Die Leistungen des Bundes und Landes reichen nicht aus, um die Menschen hier angemessen unterzubringen und zu betreuen. Kinder müssen in Kindertagesstätten und Schulen gehen können und dort gefördert werden. Deutsch- und Integrationskurse müssen vor Ort – auch in den Gemeinschaftsunterkünften – angeboten werden. Anregungen und Wünsche des bestehenden Runden Tisches sollen in besonderer Weise berücksichtigt werden.

Das Engagement von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Kirchengemeinden und vielen Ehrenamtlichen, die sich aktiv und aufopfernd für die Geflüchteten einbringen, kann die Missstände nur abmildern. Dauerhaft soll diese Bereitschaft zur Hilfe durch professionelle Begleitung, Anleitung und Vernetzung gesichert werden, die der Kreis organisiert. Für all dies müssen Bund und Land die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

### ***Die Wählergemeinschaft DIE LINKE.Main-Taunus fordert:***

- Die Bereitstellung der notwendigen Anzahl von Sozialarbeitern für die Flüchtlingsunterkünfte. Die derzeitige offiziell verkündete Quote von einem Sozialarbeiter / einer Sozialarbeiterin auf 150 Personen (1: 150) genügt den Anforderungen nicht. 1: 80 ist anzustreben.
- Eine bessere Anleitung, Unterstützung und Vernetzung der Arbeit der Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsbetreuung durch den Kreis.
- Die Personalausstattung der betroffenen Fachstellen, die sachlichen und organisatorischen Voraussetzungen sind den neuen Anforderungen dringend anzupassen.

## 4. Umwelt, Energie, Klima, Verkehr

Wir stehen für eine ökologische Entwicklung des Main-Taunus-Kreises. Die Fläche des Main-Taunus-Kreises ist im Verhältnis zur Einwohnerzahl sehr klein, deshalb ist es wichtig, das natürliche Umfeld zu erhalten und zu schützen. Es darf keine weitere Zersiedlung und Umwidmung von ökologisch wertvollen Flächen zur Bebauung bzw. für den Verkehr geben.

### Flughafenausbau

Die Inbetriebnahme der Nord-West-Landebahn im Oktober 2012 durch die FRAPORT AG hat einem Großteil der Bevölkerung des Kreises die Lebensqualität beeinträchtigt. Der Lärm ist für viele Menschen unerträglich geworden. Fluglärm belästigt nicht nur, er macht krank und lässt Kinder langsamer lernen. Hinzu kommt die Emission von Feinstaub und Schadgasen, unter denen vor allem die Menschen in den Einflugschneisen leiden. Die Kreispolitik hat sich zwar gegen den Ausbau ausgesprochen, doch ließ und lässt die Mehrheit im Kreistag unsere Anträge gegen den weiteren Ausbau und zu den Folgen des Flugbetriebs (Wirbelschleppen, Dachklammerungsprogramm) in den Ausschüssen dahin dämmern, ohne dass sie abgestimmt werden.

Wir stehen an der Seite der Bürgerinitiativen für eine Begrenzung der Flugbewegungen auf 380.000 pro Jahr und ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr. Wir lehnen jeden weiteren Ausbau des Flughafens (wie jetzt den Bau des Terminals 3) konsequent ab.

### ***Die Wählergemeinschaft DIE LINKE.Main-Taunus fordert:***

- Kein weiterer Ausbau des Frankfurter Flughafens. Die Einwendungen des Kreises sind rechtlich nicht gewürdigt und bedürfen nach wie vor der Durchsetzung.
- Alle rechtlichen Möglichkeiten gegen den Weiterbetrieb der Nord-West-Landebahn sind auszuschöpfen.

- Die vollständige Kostenübernahme der Dachklammerungen einschließlich Herstellung der Klammerungsfähigkeit durch die FRAPORT AG.
- Kein Terminal 3. Alle möglichen Maßnahmen müssen ergriffen werden, um den Bau zu stoppen.
- Ein generelles Nachtflugverbot zwischen 22 Uhr und 6 Uhr, also während der gesamten „gesetzlichen Nacht“.
- Entschädigung der Anwohner dort, wo eine Lärminderung nicht möglich ist. Der Flughafenbetreiber muss die Kosten dafür tragen.
- Lärmschutz für alle betroffenen Schulen und soziale Einrichtungen ist auf Kosten von Fraport kurzfristig auszuführen.

## **Energie – Klimaschutz**

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine sozial- und wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Die Kosten der Energiewende dürfen nicht nur auf die privaten Verbraucher abgewälzt werden.

Bereits im Frühjahr 2014 war beschlossen worden, dass der Kreisausschuss prüfen solle, ob und wie sich die bestehenden kreiseigenen Abfallgesellschaften unter dem Dach der RMD (Rhein-Main-Deponiepark in Flörsheim-Wicker) in dem Sinne weiterentwickeln lassen, dass sie zusätzliche Aufgaben in den Bereichen der Energiegewinnung, der Energieeffizienz und der Energieeinsparung übernehmen. Bislang ist in dieser Hinsicht nichts geschehen.

Auch das Anfang 2015 vorgelegte Klimaschutzkonzept des Kreises harrt weiter seiner Umsetzung.

## Tiefengeothermie

Das Tiefengeothermie-Projekt, das von der RMD und den Stadtwerken Wiesbaden geplant ist, sehen wir kritisch. Thermische Elektrizitätserzeugung mittels Tiefbohrungen ist mit erheblichen existenziellen Risiken verbunden. Aus Beispielen sind bekannt: Induzierte Erdbeben und Rissbildungen, Verseuchung Trinkwasser führender Schichten durch krebserregende Stoffe und Chemikalien, Austritt von Radioaktivität, Geländeabsenkungen, Einstürzen von Hohlräumen und damit verbunden erhebliche Gebäudeschäden. Auch ist die Wirtschaftlichkeit nicht bewiesen, denn bei der Umwandlung zu Strom liegt der Wirkungsgrad nach aktuellen wissenschaftlichen Einschätzungen nur bei ca. 10%. Die Gewinnerwartungen der Betreibergesellschaften liegen vielmehr in der hohen Subventionierung: Die Einspeisevergütung für Strom aus Wind- und Solarenergie beträgt 12-14 ct pro kWh gegenüber 24 ct für Strom aus Geothermie – eine sinnlose Verteuerung des Stroms die über die EEG-Umlage vom Endverbraucher zu zahlen ist. Da sich das Reservoir allmählich abkühlt, liegt die Nutzungsdauer einer solchen Anlage bei 20-25 Jahren. Die Energiegewinnung aus Tiefengeothermie lehnen wir deshalb beim derzeitigen Erkenntnisstand ab.

### ***Die Wählergemeinschaft DIE LINKE.Main-Taunus fordert:***

- Die zügige Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes.
- Die Unterstützung lokaler Energie- und Umweltprojekte einschließlich genossenschaftlicher Projekte.
- Die Errichtung von Windkraftanlagen auf dafür geeigneten Flächen.
- Ein Konzept vorzulegen, wie die bestehenden kreiseigenen Abfallgesellschaften unter dem Dach der RMD zusätzliche Aufgaben in den Bereichen der Energiegewinnung, der Energieeffizienz und der Energieeinsparung übernehmen können.

## **Verkehr, Mobilität, ÖPNV**

Der öffentliche Personennahverkehr, namentlich der RMV (Rhein-Main-Verkehrsverbund), erfüllt seine Aufgaben in der Region unzureichend. Kritikwürdig ist die Preisgestaltung, es ist der teuerste Verkehrsverbund in der Republik. Das Tarifsystem ist durch seine Tarifgrenzen für die Nutzer unwirtschaftlich. Dies gilt insbesondere für die Tarifgrenze zu Frankfurt. Ständiger Kampf gegen die Einstellung von Busverbindungen oder gegen die Verlängerung der Taktzeiten. Diese nicht erfüllten Aufgaben bestehen seit Jahrzehnten, ohne dass sich irgendwelche grundlegenden Verbesserungen abzeichnen.

Vor diesem Hintergrund versprechen die Aktivitäten um die Regionaltangente West (RTW) keine Abkehr von der mangelhaften Verkehrssituation. Warum? Die eigens gegründete RTW-Planungs GmbH steht vor zwei erheblichen Problemen. Die Frage der Finanzierung durch Bundesmittel setzt voraus, dass bis 2019 die Strecke fertiggestellt und abgerechnet sein muss. Das ist nicht mehr zu schaffen. Die Gründung einer eigenen Gesellschaft entspringt der Notwendigkeit, dass alle kompetenten Partner nicht mitspielen. Die Deutsche Bahn hat abgewunken, die Koalitionäre der Landesregierung CDU und Grüne, haben beschlossen mitzuwirken, „allerdings ohne Finanzbeteiligung“, der RMV hat sich von der Nachschusspflicht befreien lassen. Warum? Das muss daran liegen, dass hier ein weiterer Defiziterzeuger in der Planung ist. Also bleiben für die Kommunen und Kreise als Träger des Neubaus und Betriebs die zu erwartenden Defizite hängen. Diese Defizite sind erkennbar durch die völlig überzogene Prognose der Fahrgastentwicklung. Allein im RTW-Korridor geht man von 230.000 zusätzlichen Beschäftigten, also potenziellen Fahrgästen, aus. Und das innerhalb von 8 Jahren. Eine absurde Annahme. Wir fordern als Konsequenz: Verzicht auf den Bau der RTW bis sich die Rahmenbedingungen grundlegend geändert haben.

Daher lehnen wir derzeit die RTW ab, begrüßen aber die vom RMV geplanten tangentialen Schnellbusverbindungen rund um Frankfurt, insbesondere die ab dem Fahrplan 2016/2017 vorgesehene Schnellbusverbindung von Bad Homburg über Hofheim nach Wiesbaden

und von Hofheim über Hattersheim zum Flughafen und nach Neu-Isenburg.

Wir wollen die Menschen, die den ÖPNV nutzen (wollen) und deren Wünsche und Erfahrungen stärker in die Planungen der Verkehrsverbindungen und Fahrpläne einbeziehen.

***Die Wählergemeinschaft DIE LINKE.Main-Taunus fordert:***

- Die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs, eine Preisgestaltung, die das Umsteigen vom Auto attraktiv macht. Eine Vereinfachung des Tarifsystems und eine Senkung der Fahrpreise, einschließlich der Schaffung eines Übergangstarifs beim Umstieg im Bahnhof Höchst für Fahrten mit Start und Ziel im Main-Taunus-Kreis.
- Eine RMV-Fahrkarte für Schülerinnen und Schüler, Praktikanten und Lehrlinge analog dem RMV-Asta-Semesterticket für Studierende.
- Den Ausbau des Radwegenetzes im Kreis, zwischen den Gemeinden, als Alternative zum motorisierten Verkehr.
- Die zügige Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen des Schülerradwegkonzepts vom November 2013.
- Kinder sind die Fahrgäste der Zukunft. Sie sollen die Nutzung des ÖPNV erlernen (RMV-Busschule).
- Die Schulwegesicherung in Kooperation mit Gemeinden, Polizei und Kreiseltererbeirat.
- Verzicht auf den Bau der RTW, solange sich die Rahmenbedingungen nicht grundlegend geändert haben.
- Die vom RMV geplanten tangentialen Bus-Schnellverbindungen sind zügig zu realisieren. Weitere Verbindungsmöglichkeiten sind zu untersuchen.
- Keine weitere Ausdünnung von Busverbindungen in den Abendstunden und an Wochenenden, sondern im Gegenteil Busverkehr während der Verkehrszeiten der S-Bahnen.
- Einrichtung eines Fahrgastbeirats bei der MTV (Main-Taunus Verkehrsgesellschaft mbH).

## 5. Öffentliche Infrastruktur sichern – keine Privatisierung

**Die öffentliche Daseinsvorsorge ist vielfältig: Wasser und Energie, Müllentsorgung, Krankenhäuser, Schulen, Kindertagesstätten, Schwimmbäder, Personennahverkehr, Jugendhilfe, Bibliotheken und Museen.**

CDU/SPD/GRÜNE/FDP sind der Auffassung, sie müssten die öffentliche Daseinsvorsorge in die Hände der Privatwirtschaft legen oder sie beteiligen (Öffentlich Private Partnerschaft – PPP/ÖPP). Derartige Projekte entziehen sich der öffentlichen Kontrolle durch die Parlamente. Projektfinanzierungen, die auf Steuersparmodellen beruhen, verringern das Steueraufkommen und verhindern öffentliche Leistungen. Wir lehnen sie ab.

Im Falle des Neubaus des Hofheimer Krankenhauses mit dem schnellen Ausstieg aus dem Vertrag schon vor der Fertigstellung hat sich abermals – nach dem Kreishausdebakel in den 80er Jahren – gezeigt, dass diese Finanzierungsform von Investitionen für den Kreis finanziell äußerst nachteilig ist.

Vor diesem Hintergrund sagen wir: **Eine qualitativ hochwertige Grundversorgung muss für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein und sichergestellt werden.**

Wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen anstatt sie zu privatisieren.

***Die Wählergemeinschaft DIE LINKE.Main-Taunus fordert:***

- Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur. Öffentliche Dienste müssen in öffentlicher Verantwortung bleiben oder wieder in öffentliche Verwaltung zurückgeführt werden. Privatisierung lehnen wir ab!
- Das flächendeckende Zweigstellennetz der Sparkassen in möglichst allen Ortsteilen muss, zumindest durch Automaten-Filialen, wieder hergestellt werden. Taunus-Sparkasse und Nassauische Sparkasse sollen dabei zusammenarbeiten.

- Qualitätssicherung bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und Beteiligung der Bürger\_Innen an ihrer Ausgestaltung.
- Konsequenz aus der PPP-Bauchlandung Neubau Klinik Hofheim sind zukünftig kreiseigene Baumaßnahmen.

## **Kliniken des Main-Taunus-Kreises**

Der Kreis betreibt mit den Main-Taunus-Kliniken einen wichtigen Baustein der Gesundheitsversorgung im Kreis. Zur Finanzierung dieser zentralen Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge reichen die sogenannten „Fallpauschalen“ sowie die stark gekürzten Investitionszuschüsse des Landes aber bei Weitem nicht aus – folglich sind die Kliniken seit Jahren defizitär. Das und erfolglose Experimente mit einer Privatklinik für zahlungskräftige Patienten auch aus dem Ausland führten dazu, dass der Kreis rund 100 Millionen Euro Schulden der Kliniken übernehmen musste. Bereits seit Jahren sind die Main-Taunus-Kliniken aus dem kommunalen Arbeitgeberverband ausgestiegen und wenden den Tarifvertrag TVöD für viele Beschäftigte nicht mehr an.

Die Kreistagsmehrheit hat einen Verbund der Kreiskliniken mit dem städtischen Klinikum Frankfurt-Höchst beschlossen. Angeblich soll dadurch eine öffentliche Trägerschaft gesichert werden. Die von einer Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft erarbeitete Konzeption schafft aber zugleich alle Voraussetzungen für eine spätere Privatisierung, eine Rückkehr in den TVöD ist ausdrücklich nicht beabsichtigt. Die Mitbestimmung soll weiter eingeschränkt werden, und die Gründung neuer Untergesellschaften ist vorgesehen, um die Personalkosten weiter zu senken.

Es darf bei der Gesundheitsversorgung nicht vorrangig um Wirtschaftlichkeit gehen! Das Wichtigste sind die Menschen, Patienten und Beschäftigten. Unter schlechten Arbeitsbedingungen leiden nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Patienten.

Deshalb und unter diesen Umständen hat Die Wählergemeinschaft DIE LINKE. Main-Taunus gegen den Klinikverbund gestimmt. Organisatorische Änderungen sollen eine Verbesserung, keinesfalls aber eine Verschlechterung der Patientenversorgung anstreben.

### ***Die Wählergemeinschaft DIE LINKE.Main-Taunus fordert:***

- Die Kliniken bleiben in kommunaler Trägerschaft.
- Rückkehr der Kliniken zum TVöD
- Solange Bund und Land die Kliniken nicht ausreichend finanzieren, bleibt auch der Kreis in der Pflicht, eine gute Gesundheitsversorgung sicherzustellen.

### **TISA bedroht öffentliche Dienstleistungen**

TISA (Trade in Services Agreement) ist neben TTIP und CETA ein Griff nach der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen – geheim verhandelt. Auch die Kreistagsmehrheit wollte kein Licht ins Dunkel bringen. Unser Berichtsantrag dazu wurde abgelehnt. Dabei geht es um originäre Felder der öffentlichen Dienstleistungen wie das Gesundheitswesen, die Wasserversorgung, Bildungseinrichtungen etc., die durch dieses Abkommen dereguliert und internationaler Konkurrenz ausgesetzt werden. Auch die Rückübernahme von z. B. privatisierten Energie- und Wasserunternehmen durch die Kommunen wird durch diese Abkommen ausgeschlossen. Wir bleiben dran und bringen Licht in das Dunkel der Privatisierer.

### ***Die Wählergemeinschaft DIE LINKE.Main-Taunus fordert:***

- TTIP, CETA und TISA verhindern!
- Die schleichende Entmachtung der demokratischen Willensbildung durch Privatisierungen muss gestoppt werden.

### **RMD – Rhein-Main-Deponie**

Die gegenwärtigen Geschäftsfelder der RMD sichern nicht deren langfristige Existenz. Die Deponiekapazitäten sind in absehbarer Zeit erschöpft. Die Deponienachsorge muss bis 2075 (oder länger) gewährleistet werden. Ein wirksames Konzept für neue Geschäftsfelder, neben der Energieerzeugung aus Biomasse und Deponiegas, ist derzeit nicht erkennbar.

Es sollte deshalb geprüft werden, ob die RMD, als kreiseigener Betrieb, alle Entsorgungsleistungen im Kreisgebiet anbieten kann.

## 6. Gegen Faschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Antisemitismus, antimuslimische Hetze und alle anderen Formen des Rassismus richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller. Sie verletzen die Würde der betroffenen Menschen und verhindern Solidarität und gemeinsame Gegenwehr gegen Krieg und Sozialabbau. Wir wenden uns gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten sowie sozial Benachteiligte zu Sündenböcken für eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik machen. Einer Diskriminierung dieser Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und durch Behörden treten wir entschieden entgegen. Wir bekämpfen die Hetze und die Aktionen der rassistischen und faschistischen Organisationen gegen Flüchtlinge.

Wo faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir – auch in lokalen überparteilichen Bündnissen – den öffentlichen Raum gegen ihre Bestrebungen. Wir setzen auf antifaschistische Aufklärungsarbeit. Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen, die auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen hinarbeiten, müssen kommunal gefördert werden.

### ***Die Wählergemeinschaft DIE LINKE.Main-Taunus fordert:***

- Kreisverwaltung und Kreisorgane sollen alle Möglichkeiten ergreifen, um die Verbreitung faschistischer Anschauungen und Propaganda zu verhindern und dem Verfassungsgebot des Verbots nazistischer Organisationen und Propaganda zur Durchsetzung zu verhelfen.
- Verharmlosende Voraberkklärungen durch den Kreis, wie nach den Schüssen auf Flüchtlingscontainer in Hofheim, sollen unterbleiben.

# Mitmachen!

Ob Klimawandel, Beschäftigungspolitik, Bildungschancen oder Gesundheitsversorgung - all dies wirkt sich vor Ort aus. **Wir rufen die Menschen auf, sich für ihre Belange einzumischen** und für notwendige Veränderungen starkzumachen. Wir ermuntern diejenigen, die nicht länger einfach alles geschehen lassen wollen, sich aktiv für eine bessere Zukunft stark zu machen und mit uns gemeinsam für eine soziale, offene und demokratische Kommunalpolitik zu streiten.

Am 6. März:  
**Liste 7 wählen**

Wählergemeinschaft  
**DIE LINKE.**  
Main-Taunus

[www.mtk-links.de](http://www.mtk-links.de)  
und  
[www.dielinke-mtk.de](http://www.dielinke-mtk.de)

ViSdP: Beate Ullrich-Graf, Mainstr. 12, 65795 Hattersheim  
Telefon: 06190 1269, Email: [die-linke@ullrich-graf.de](mailto:die-linke@ullrich-graf.de)